

Der Branchentarifvertrag muss kommen, notfalls auch mit Streiks

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Verkehrsgewerkschaft GDBA, Heinz Fuhrmann, hat die in Bahnunternehmen beschäftigten Mitarbeiter auf eine harte Tarifaueinandersetzung eingeschworen. „Wir wollen endlich den von uns geforderten Branchentarifvertrag für den Schienenverkehr durchsetzen“, machte er auf einer Betriebsrätekonferenz der GDBA in Frankfurt deutlich. Ein Ziel, das nur zu erreichen sei, wenn sich alle Mitarbeiter der Bahnunternehmen solidarisch zeigten, so Fuhrmann.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet seien es leid, in der Frage eines in ganz Deutschland geltenden Tarifvertrags für die „Branche Eisenbahn“ nur in kleinen Trippelschritten vorwärts zu kommen. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen, mit denen hierüber bereits Ge-



Wir werden in keinem Eisenbahnverkehrsunternehmen mehr einen Tarifvertrag zu Entgelt und Arbeitsbedingungen abschließen, bis der geforderte Branchentarifvertrag unterschrieben ist, machte GDBA-Vize Heinz Fuhrmann deutlich.

sprache geführt wurden, seien zwar grundsätzlich nicht abgeneigt, einen solchen Tarifvertrag zu vereinbaren, der Durchbruch sei bisher aber nicht gelungen. Zu groß sei auch das Misstrauen der im Verkehrsmarkt, insbesondere im Schienenpersonennahverkehr konkurrierenden Unternehmen untereinander, zu wenig ausgeprägt die Bereitschaft der Arbeitgeber, endlich einen deutlichen Schritt in die richtige Richtung zu tun.

Deshalb, so GDBA-Vize Heinz Fuhrmann, müsse jetzt der Druck erhöht werden. GDBA und Transnet würden in keinem Eisenbahnverkehrsunterneh-

men mehr einen Tarifvertrag zu Entgelt und Arbeitsbedingungen abschließen, bis der geforderte Branchentarifvertrag unterschrieben ist. Das gelte auch und insbesondere für die Mitte des Jahres anstehende Tarifrunde bei der Deutschen Bahn.

„Wenn wir ernsthaft Lohndumping verhindern wollen, müssen wir jetzt handeln“, erklärte Fuhrmann. Das bedeute, dass sich die, bei den Eisenbahnen in Deutschland Beschäftigten untereinander solidarisch sein müssten: Mitarbeiter der DB AG müssten, wenn es hart auf hart komme, auch für die Interessen der bei den übrigen privaten

Lohndumping verhindern

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet pochen weiterhin auf den Abschluss eines Branchentarifvertrages im Schienenverkehr. Eine entsprechende Erklärung verabschiedeten die Vorstände beider Gewerkschaften. Ziel sei Lohndumping zu verhindern.

Die beiden Gewerkschaftsvorsitzenden, Klaus-Dieter Hommel und Alexander Kirchner, verwiesen unter anderem auf den bevorstehenden Wettbewerb im Schienenpersonen-Fernverkehr und die zahlreichen Ausschreibungen von Leistungen im Schienenpersonen-Nahverkehr, in denen die Belange der Mitarbeiter, „wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle spielen“.

An die Interessen der Mitarbeiter denken

Jüngstes Beispiel sei die Ausschreibung des Elbe-Elster-Netzes durch Brandenburg und Sachsen. Von Vorgaben zur Bezahlung sei „dort erneut keine Rede“.

Auch die zunehmende „Vertöchterung“ bei der Deutschen Bahn sei ein großes Problem. Die DB biete in Ausschreibungen derzeit überall nur mit Töchtern ohne Tarifbindung an. Hommel und Kirchner kündigten an, dass „von GDBA und Transnet bis zum Abschluss des Branchen-Tarifvertrages kein Tarifvertrag zu Entgelt und Sozialbedingungen mehr in diesen Bereichen abgeschlossen wird.“ Dies gelte für größere und kleinere Unternehmen gleichermaßen.

Bahnen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen eintreten – und umgekehrt genauso.

„Wir werden in dieser Auseinandersetzung um einen Arbeitskampf wohl nicht herkommen“, erklärte der GDBA-Vize. „Wir wollen einen Branchentarifvertrag für alle Beschäftigten und nicht nur für das Fahrpersonal“, so Fuhrmann. Dies gelänge aber nur, wenn die Eisenbahner füreinander einstünden und sich nicht auseinanderdividieren lassen.

Spannend würden die nächsten Monate aber auch, weil über die Frage der Beschäftigungssicherung beim Bahnkonzern verhandelt werden muss. Der entsprechende Beschäftigungssicherungstarifvertrag läuft Ende 2010 aus. Seitens der Tarif-

gemeinschaft TRANSNET/GDBA werde derzeit analysiert, was die Inhalte dieses Tarifvertrages, wie beispielsweise der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, den Kolleginnen und Kollegen im Laufe der Jahre tatsächlich gebracht habe. Auch unter Berücksichtigung dieser Analyse werden wir entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen es auch künftig einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung geben könne, so Fuhrmann.

Alle Entscheidungen würden basisnah getroffen. In den nächsten Wochen würden GDBA und Transnet wieder bundesweit zu einer Vielzahl an Tarifdialogen einladen, um die Stimmung an der Basis aufnehmen zu können.



Gut besucht war die Betriebsrätekonferenz der Verkehrsgewerkschaft GDBA in Frankfurt.

DB AG: Zahl der Subunternehmen begrenzen

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet sprechen sich für die Begrenzung der Fremdvergabe von Leistungen der DB aus. Damit soll ausuferndem Subunternehmertum ein Riegel vorgeschoben werden. Zugleich sollten Arbeiten vorrangig von DB-eigenen Kräften verrichtet werden. Insgesamt müssten die Rechte der Beschäftigten gewahrt werden.

„Angesichts der erschreckenden Berichte über Dumping in diesem Bereich wollen unsere Betriebsräte und wir wissen, in welchen Bereichen und in welcher Anzahl Leistungen fremd vergeben werden“, verlangten die Vorsitzenden, Klaus-Dieter Hommel und Alexander Kirchner. Zugleich müsse überprüft werden, ob sich die beteiligten Firmen „nicht nur zur Einhaltung von Arbeitnehmerrechten bekennen, sondern dies auch tatsächlich tun.“

Insgesamt müsse „einem ausufernden Subunternehmertum ein Riegel vorgeschoben werden“. Es könne nicht sein, dass

Fairness-Abkommen gescheitert

Brandenburg setzt weiter auf Lohndumping

Das „Fairness-Abkommen“ zum Schienenpersonen-Nahverkehr (SPNV) in Brandenburg ist gescheitert. Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet haben die Gespräche abgebrochen. Damit reagieren sie auf eine aktuelle Ausschreibung. Auch sie enthalte erneut keine Vorgaben zu Tariftreue und Sozialstandards.

Die Gewerkschaften werfen dem Land Wortbruch vor. Zudem wolle die Landesregierung keine konkreten Zusagen machen, wie bei Ausschreibungen die Belange der Beschäftigten geschützt werden sollen.

„Während wir über das Abkommen verhandelt haben, ist schon die nächste Ausschreibung vorbereitet worden. Und wieder wird keine Rücksicht auf die Beschäftigten genommen“, sagten GDBA-Vize Heinz Fuhrmann und Transnet-Vorstand Reiner Bieck. „Das ist ein klarer Wortbruch.“

Bei dieser Vergabe geht es um das so genannte Elbe-Elster-Netz. Die Ausschreibung enthält keine Vorgaben zu Tariftreue und Sozialstandards. Durch die seit Dezember 2009 geltende EU-Verordnung 1370/2007/EG hätte das Land die Möglichkeit, solche Vorgaben zu verankern. „Stattdessen setzt Brandenburg weiter auf Lohndumping. Dem Land sind die Eisenbahner offenbar egal.“ „Vor diesem Hintergrund wird auch klar, warum die Landesregierung in den Gesprächen über das Fairness-Abkommen eine Hinhalte-Taktik gefahren hat“, kritisierten Fuhrmann und Bieck.

Die Gespräche laufen seit Oktober 2009. Brandenburg hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, bei künftigen Ausschreibungen im SPNV die EU-Verordnung zu berücksichtigen. „Statt konkreter Zusagen wurden uns nur vage Formulierungen angeboten. Das lassen wir uns nicht bieten“, so Fuhrmann und Bieck.

„am Ende durch Sub-Sub-Subunternehmer keiner mehr weiß, wer eigentlich für was verantwortlich ist“. Hinzu komme, dass viele Tätigkeiten von „DB-eigenen Kolleginnen und Kollegen erbracht werden könnten“, stellten Hommel und Kirchner fest. Dies gelte vor allem für sicherheitsrelevante Bereiche.

Sozialstandards bei Fremdvergaben einhalten

Sollten aus dringenden betrieblichen Gründen Fremdvergaben notwendig sein, müsse dies an die Einhaltung von Tarifverträgen geknüpft sein. Es sei für GDBA und Transnet selbstver-

ständlich, dass auch bei einer Fremdvergabe von Leistungen „die Rechte der Arbeitnehmer, deren Sozialbedingungen und Einkommen eingehalten und gesichert werden müssen“. Hierauf müsse der Auftraggeber Einfluss nehmen. Sollten Leistungen extrem günstig eingekauft werden, müsse sich der Auftraggeber fragen lassen, „wie das funktionieren soll“.

Die Gewerkschaftsvorsitzenden riefen die Deutsche Bahn auf, laufend aufzulisten, wo Leistungen fremd vergeben werden, um die Einhaltung der genannten Voraussetzungen zu kontrollieren.